

Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeilungserlös für den Monat ist 1000 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich
der KPD (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsführer und Chefredakteur:
Geschäftsleiter, 2 / Tempelstrasse 14/15 / Postfach 1255, Emil Schlegel
Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Zeitung: Amm Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiter-
druckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis 6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Auszeitungserlös: Die normalen geplakten Sonntagsausgaben oder deren Raum 0,20 RM., für Familien-
mitglieder 0,10 RM., für die Teilnahme am Sonntag an den besetzten Teilstellen 1,25 RM.
Auszeitungsausgabe kostet vorher bis 4 Uhr montags in der Redaktion Dresden-A. Güterbahnhof-
strasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Süßen hält der
Verwaltung kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Auslieferung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Sonnabend, den 20. November 1926

Nummer 259

An die werktätige Bevölkerung Sachsen!

Gestern fand in Leipzig eine Sitzung des Landesvorstandes der KPD und eines Teiles der Landtagabgeordneten statt. Die Sitzung beschäftigte sich mit der Regierungsbildung und der Politik in Sachsen. Nach eingehender Aussprache wurde nachfolgend von uns abgedruckter Aufruf an die werktätige Bevölkerung Sachsen, in dem die Stellung der KPD zu den Aufgaben in Sachsen festgelegt ist, einstimig angenommen.

Der kommunistische Wahlsieg, die Katastrophe der bisherigen Koalitionsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien hat den Sturz der Heldt-Regierung herbeigeführt. Auch die Versuche, mit den bisherigen Koalitionsparteien, von Nationalsozialisten bis Volkspartei, unter Einbeziehung der Deutschnationalen eine Bürgerblockregierung aufzurichten, sind gescheitert.

Die werktätigen Massen in Stadt und Land, Arbeitsschule wie Betriebsarbeiter aber sind nach dem Zusammenbruch der Koalitionsregierung voll neuer Erwartungen und Hoffnungen.

Die Kommunistische Partei hat als erste, schon vor Eröffnung des Wahlkampfes, zur Regierungsfrage in aller Offenheit Stellung genommen.

Sie bleibt bei ihren Erklärungen zur sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

Die linkssozialdemokratischen Führer werden angeknüpft, die arbeitenden Massen vor die unmittelbare Notwendigkeit gestellt, entweder die Tagesforderungen des Proletariats zu erfüllen, oder sie — wie immer in der Vergangenheit — zu flühen zu treten.

Die KPD kann sich auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht auf eine Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung festlegen. Sie wird ihr Bestreben der Regierung gegenüber jeweils und in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen. Auschlaggebend für die Kommunisten sind nicht nationalsozialistische Kombinationen,

sondern die Interessen der werktätigen Massen.

Die KPD will vom ersten Augenblick an die Durchführung der Mindestforderungen des Proletariats verlangen. Die von uns bei Beginn des Wahlkampfes formulierten offiziellen Tagesforderungen des Proletariats lauten:

für den unelternlosen Kindertag und die Elternfürsorge — für höhere Löhne — gegen die kapitalistische Rationalisierung

Sicherung der Ehrenrechte des Proletariats und Schutz der Arbeiterschaft, Schutz von Leben und Gesundheit gegen die Ausbeuter — Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter — Verbot aller Betriebsstilllegungen — Erweiterung der Rechte des Betriebsrates!

Möglichstlose Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse

Sofortige umfangreiche Beschaffung von Arbeit zu Tausenden, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 30 Prozent, Gewährung einer Winterhilfe, Zuweisung von Fleisch, Kartoffeln und Kohle an die Erwerbslosen, Erwerbslosenunterstützung statt der Versicherung, Verbot jeder Aussteuerung, Sicherstellung der Erwerbslosenausübung.

Kampf gegen das Wohnungselend

Durchführung eines proletarischen Wohnbauprogramms in Verbindung mit Gewerkschaften, Genossenschaften und proletarischen Widerorganisationen; Bau von Arbeitersiedlungen, Beibehaltung der leistungsfähigen Villen und der großen Wohnungen.

Bauen den Steueraufwand

Aufhebung der Mietzinsteuer, Freilassung der Kleinbauern und Kleinfamilien von der Grund- und Gewerbesteuer, aber verstärkte Belastung des Besitzes und der großen Kapitaleerlöse. Ablehnung der Gemeindeabschläge, Kampf um Erhöhung der Ländere- und Gemeindeanteile an den Steueraufnahmen des Reichs.

Vertilgung der Folgen der Reichswahlergebnisse

Sofortige Entlassung aller von der Reichswahlregulierung und der Heldtregierung eingesetzten Beamten und Beamtenstellen der Reaktion in Polizei, Justiz und Verwaltung, Rechtslose Entschädigung der Opfer der Reichswahlregulierung.

Kampf gegen Rassenjustiz und monarchistische Reaktion

Haushalte für politische und aus Not bedrangene Menschen und lohnen gegen die §§ 43, 218/19 des StGB, Freilassung aller Staatsanwälte und Richter, die bei Prozessen die monarchistische Konterrevolution untergründet haben. — Verbot aller bürgerlichen Kleinbürokratengewerkschaften, Auflösung und Entwaffnung aller faschistischen Organisationen, Aburteilung ihrer Führer.

Vertilgung der Gemeindeverfassung

Beitragung der halbstädtischen Gemeindeverfassungsreform, die das Selbstbestimmungsrecht mit führt. Wiederher-

stellung des Einzammlerstems und des Selbstbehauptungsrechtes der Gemeinden.

Schluss mit der Schul- und Kulturregierung der Koalition in den Städten und Dörfern von ausschlaggebender Bedeutung sind, in der Universitäten, Kreishäusern der Reaktion sind, die Volkschulen aber in jeder Beziehung zurückgeworfen werden. Trennung von Kirche und Staat auf allen Gebieten. Einführung der obligatorischen Schulbesuchung.

für die Industriearbeiter und Sozialrentner

Erhöhung der Rentenzüge, der Unterhaltungen und Beihilfen, höhere Aufmerksamkeit für die kleinen Sparten, Beobachtung der sozialen Sicherung für das Alter und für Pensionsalte.

Unterstützung des werktätigen Bauerniums

Steuerermäßigung und praktische Kredithilfe, sowie Ertrag für alle Genossen und Sozialwirtschaften.

für die unteren und mittleren Beamten

Gegen den Beamtenanhänger: Einschränkung der unteren Beamten minderjähriges in Schulen, Sicherung des Sozialstaates, Gewährung der Rechte der Beamten auschüsse, Aufhebung der Censuren.

So bestehen diese Forderungen sind, so bedeutsam ihre Durchführung doch einen Angriff auf das kapitalistische System, auf die kapitalistische Ausbeutung und die Ausbeuterrepublik. Es sind die dringendsten Tagesforderungen, die überall von der Arbeiterschaft ausgegriffen und vertreten werden müssen.

Nehmt in Gewerkschaften und Betrieben erneut Stellung und hört vor für diese eure Lebensbedingungen.

Die sozialdemokratischen Führer wollen nicht den Kampf für die Durchführung dieser Forderungen! Ihnen, weil deren Durchführung, ja sogar schon der Kampf um deren Durchführung eine Erhöhung dieser kapitalistischen Republik und ihres Wirtschaftssystems wäre. Sie fechten an die Stelle klarer, einfacher, selbstverständlicher proletarischer Tagesforderungen nur allgemeine Redensäuren.

Die SPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bildet soll. Die SPD vergibt absichtlich den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgeführt werden könnten. Ja, sie spricht sie sogar vorauscheinend noch ein durchsetzung auf Reichsgefecht und Versetzung. Selbst die unzähligen Vorschläge des Arbeitsprogramms werden ohne Maßnahmesetzung unter Aufsichtserklärung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgeführt werden.

Indem die SPD diese Hauptthese verzweigt und den Eindruck erweckt, als glaube sie wirklich an die parlamentarische Durchführung der von ihr aufgestellten Forderungen, degeht sie eine erneute schwere Verzögerung der werktätigen Bevölkerung.

Die Kommunistische Partei macht die Arbeiterschaft auf diesen politischen Trick der linken SPD aufmerksam, damit die Arbeiterschaft so rasch und eindeutig wie möglich das parlamentarische Manöver solcher Arbeitsprogramme und Regierungskombinationen durchschauten.

Die SPD, die auch in den Zeiten, in denen sie eine soße Mehrheit für die Annahme solcher Reformen hatte, tatsächlich nicht zu deren Durchführung gekommen ist, wird auch jetzt wieder — wie bisher immer — ihre eigenen Forderungen in der entscheidenden Stunde schwächer im Stück lassen.

So wird sich dann das jüngste Arbeitsprogramm in eine Anklagekiste gegen die SPD und ihre Regierung verwandeln.

Die führenden Sozialdemokraten mandieren jedoch noch, um vor der werktätigen Bevölkerung den Kommunisten die angebliche Schuld an dem Scheitern ihres Programms zuzuschreiben und dann mit offener Koalitionspolitik ihren Befreiung an der Arbeiterschaft vorführen zu können.

Offene Koalition mit der Bourgeoisie — das ist der Wille des Parteivorstandes seit langem.

Das hat der "Vorwärts", das Zentralorgan

der SPD auch für Sachsen, vor Monaten

vorausgesagt. Das ist die Politik, gegen die auch der angekündigte Ministerpräsident Gleichner für die Koalition im Reich nicht den geringsten Widerstand mehr leistet. Das ist der Weg, den SPD-Männer in großer Zahl schon im Wahlkampf als letzter Schritt bezeichnet haben. Das ist der Weg, der schließlich nach einer Minderheitsregierung überhaupt zu stande gekommen ist, in der sächsischen Gewerkschaftsleitung durch einen führenden Politiker der SPD als notwendig dargestellt wird.

Arbeiter, Werktätige Sachsen!

Die Kommunistische Partei sagt euch klar und unzweideutig:

Ohne eigenes, rücksichtloses Auftreten der Massen kann nicht die geringste Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse im Interesse des Proletariats erreicht werden.

Keber ernsthafte Versuch, die proletarischen Forderungen durchzusetzen, wird auf den entschiedenen Widerstand der Bourgeoisie, der bis jetzt sozialdemokratischen Mehrheit des Landtages und der von der SPD geführten Minderheitsregierung im Reich stoßen.

Gegen Reichsregierung und Reichstag, gegen die Mehrheit des Landtages müssen die Forderungen erkämpft werden!

Datum gilt es gerade für das sächsische Proletariat, auch zum Kampf gegen die Reichspolitik, für die Auflösung des Reichstages, gegen die bürgerliche Mehrheit, für die Auflösung des Landtages zu rüsten!

Das Gemeindewahlresultat hat weiterhin in durchgehender Weise die völlige politische Vernichtung der ASPS befähigt. Deswegen mit verzweifelter Kraft!

Verjagt die Renegaten, die Sozialräte aus den Arbeiterschaften, vertriebt sie aus den gewerkschaftlichen Positionen. Sie haben jedes Recht verwirkt, noch irgendwie als Funktionäre von Arbeiterschaften aufzutreten.

Arbeiter! Werktätige in Stadt und Land!

Der nächste Schritt in der Formierung zur roten Klassenfront ist der

Kongress der Werktätigen, der Anfang Dezember in Berlin zusammentritt.

Schickt eure Delegierten zu diesem Kongress, dessen wesentliche Forderungen vollkommen den für Sachsen im Vordergrund stehenden ersten proletarischen Maßnahmen entsprechen, die die Aufwertung der breiten Massen im Sinne des eigenen örtlichen Zustrebens, des einheitlichen Massenkampfes gegen die Bourgeoisie und die verhütteten Ausbeutungsmethoden beigeleben und verstärken wird.

Im Sinne einer solchen Organisation der Massen, einer Ablösung der Betriebsarbeiter, der Gewerkschaften, der Werktätigen in Stadt und Land gilt weiter über Landtagswahl und Regierungsbildung hinaus der Kampf um die Hauptsforderungen des Proletariats.

Für den Arbeitertag!

Für höhere Löhne!

Für Erfüllung der Erwerbslosenforderungen!

Für die Existenzsicherung aller Werktätigen!

Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik!

Für ein rotes Arbeitersachen!

19. November 1926

Landesvorstand Sachsen der Kommunistischen Partei Deutschlands